

Kein guter Abschluss

Leserbrief zur Tarifrunde

Das zentrale Thema der Tarifrunde war die Forderung, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst in Zeiten von Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel und Rekordsteuereinnahmen deutlicher steigen sollen als in den Jahren zuvor. Das ist im Kern gelungen. „Mit dem Abschluss wird der öffentliche Dienst gestärkt und attraktiver.“ (Marlis Tepe)

So steht es in einer Stellungnahme des GEW-Hauptvorstandes.

Die Forderung war 6 Prozent und 200,- € für ein Jahr. Jetzt soll es im Schnitt 7,5 Prozent und mindestens 178,- € für 30 Monate geben. Das ausgehandelte Ergebnis ist sehr komplex. Jede_r Beschäftigte muss sich selber ausrechnen, wieviel er/sie tatsächlich mehr bekommt. Dabei stehen die höheren Gehaltsgruppen besser da als die unteren Gehaltsgruppen. Das führt zu einer Individualisierung und Entsolidarisierung der Beschäftigten. Müllmänner, Busfahrer_innen etc, gerade die, die mit jedem Cent rechnen müssen, bekommen über die 30 Monate gerechnet zu wenig mehr.

Der Tarifabschluss ist ein Abschluss, der sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft (Bauingenieure, IT-Techniker werden gefördert) und nicht an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert. Gerade die Beschäftigten der unteren Lohngruppen waren es aber, die gestreikt und die Fahnen geschwenkt haben.

Dieser Abschluss ist kein Erfolg, sondern eine Unterwerfungsgeste gegenüber der Sparpolitik. Ein von einem Tagesschaureporter befragter Müll-

werker sagte: „Ich werde wohl 87,- € mehr bekommen, besser als gar nichts.“ Das zeigt doch, wie die Kolleg_innen in die Resignation getrieben werden. Die Laufzeiten werden immer länger, dadurch wird die Möglichkeit verspielt, die günstige, aktuelle Einkommenssituation für wirklich kräftige Lohnerhöhungen zu nutzen. Außerdem ist es wieder nicht gelungen, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Bund, Kommunen, Länder) in den Tarifrunden zusammenzuführen. Nein, das ist kein guter Abschluss.

ROLF URBAN
Ruheständler

irrlichternd

*'Tschüss Kohle',
hlz 3-4/2018, S.46*

Ich frage mich, wer fuer diese Art der Volksverdummung verantwortlich ist. Offensichtlich sind die Deutschen wieder beim Dritten Reich angelangt, denn die sog. erneuerbaren Energien, eine physikalische Traumtaenzeri, haben darin ihren Ursprung. Anscheinend wissen das viele der politisch links-gruen orientierten Lehrer in Deutschland nicht. ... Ich empfehle Ihnen, erst einmal die Grundlagen des Energieumsatzes an der Grenzflaeche Erde-Atmosphäre zu lernen. Mit dem Entzug von kinetischer Energie des Windfeldes wird die horizontale Windgeschwindigkeit verringert, so dass die Fluesse von sensibler und latenter Waerme abnehmen und die 'Oberflaechentemperaturen' ansteigen. Mit dem grossflaechigen Einsatz von Windturbinen wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was Sie behaupten. Es gibt kaum eine effizientere Beeinflussung

des lokalen bis regionalen Klimas als diejenige, die mit dem Aufstellen von grossflaechigen Windparks verbunden ist.

Dr. rer. nat. GERHARD KRAMM,
Research Associate
Professor of Meteorology (ret.)
Fairbanks, Alaska, USA ..."

Privilegierung der Privilegierten

hlz 3-4/2018, S 28f

Das Hamburger 2-Säulen – Schulsystem dient tatsächlich primär der systemstabilisierenden Selektion, damit denen Bildung weitergegeben wird, die Bildung schon ausreichend haben. Die Kinder sozial und bildungsmäßig benachteiligter Familien werden im ersten Selektionsschritt in die Stadtteilschule gelenkt und sozial wie bildungsmäßig privilegierte Familien platzieren ihre Kinder im Gymnasium – egal, was die Lehrkräfteeempfehlungen aussagen. Die systemische Kommunikation zwischen den beiden Säulen beschränkt sich dann im Wesentlichen auf die Nachversorgung der Stadtteilschulen mit abgestuften Schüler_innen vom Gymnasium (Rückläufer_innen). Das ist der zweite systemimmanente Selektionsschritt: Damit die Trauben eventuell bildungsmobilen und aufstiegsmotivierten Familien wirklich sauer schmecken!

Ich stimme Heiko Humburg zu: Die Stadtteilschulen werden zu „Restschulen“ innerhalb eines Bildungssystems, das nicht Lern- und Bildungschancen in den (gymnasialen) Mittelpunkt stellt, sondern Privilegierung der ohnehin Privilegierten. Dieser bildungspolitische Offenbarungseid hat eine sozialpolitische Lawine zur Folge:

Wachsende Bildungs- und Einkommensarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse, Demokratie- und Partizipationsverdrossenheit – ein perfekter Ausgangspunkt für Populisten.

Demokratische Bildungspolitik sieht anders als die unverschämte Selbstversorgung der Privilegierten im 2-Säulen –Schulsystem aus: Schule soll die Kinder (bildungs- und partizipations-) stark machen – unabhängig von sozialer Herkunft, Migrationsbetroffenheit und sozialen Brennpunkten. Nur wenn die „heilige Kuh“ Gymnasium zur Disposition gestellt wird, kann es eine Schule für alle Schüler_innen geben; nur wenn Bildung ein allgemeiner Auftrag zur Förderung aller Schüler_innen wird, kann Bildung allein eine gerechte Chance bieten. Ansonsten bleibt das Schulsystem eine höchst raffinierte Selektionsveranstaltung zur weiteren Stabilisierung stabiler gesellschaftlicher Hierarchien. Also: Ich rufe ganz im Sinne von Heiko Humburg zu einer neuen Schulstrukturdiskussion auf – mit allen Mitteln.

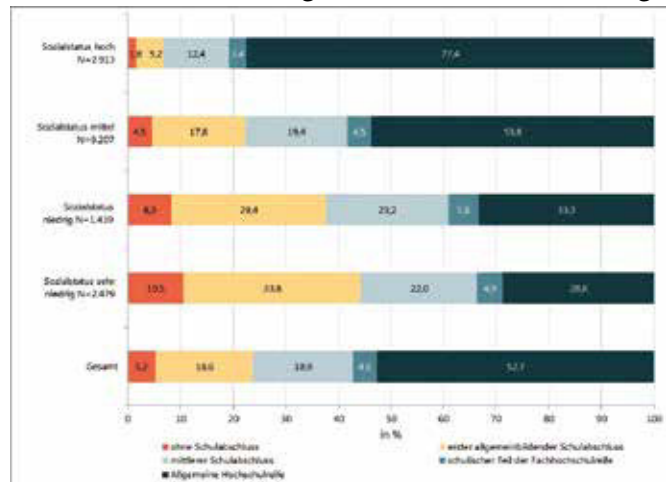
HARRY FRIEBEL
emeritierter Prof. der Universität
Hamburg, FB-Sozialökonomie

Leser_innenbriefe
Fortsetzung S. 58

gestrichen

Vor dem DGB-Bundeskongress wächst der Druck auf den Deutschen Gewerkschaftsbund, sich weiterhin zu den deutschen Klimazielen zu bekennen. Eine Petition mit dieser Forderung wurde auf WeAct von mehr als 40.000 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet. „Lasst uns Klimaschutz nicht ausbremsen, sondern aktiv gestalten“, heißt es in dem von Verdi-Mitglied Oliver Wagner initiierten Aufruf. Auslöser für die Petition war ein taz-Bericht vom 20. April über den Klima-Antrag des DGB-

Soziale Zusammensetzung nach Schularten in Hamburg



© iflQ Hamburg 2018

Dies ist der empirische Beleg für den oft zitierten Satz: In keinem anderen Land ist der Schulerfolg so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland.

Vorstands zum Bundeskongress. Im ursprünglichen Entwurf hatten sich die Gewerkschaften neben den Klimaschutzzielen von Paris ausdrücklich auch zum deutschen Klimaschutzplan 2050 mit festen Emissionszielen für einzelne Sektoren bekannt. Aus dem finalen Antrag wurde dieses Bekenntnis aber gestri-

chen

populistisch
Wer den Namen eines Gymnasiums oder einer Stadtteilschule eingibt, kann einzelne Lehrer_

innen nach einem vorgegebenen Raster (Verständlichkeit, Hausaufgaben, Fairness, Klausuren, Hilfsbereitschaft, Humor) bewerten oder Kommentare schreiben. Manche Postings waren nicht nur beleidigend, sondern verleumdend und menschenverachtend. Dies hindert die FDP nicht daran, in einem Bürger-schaftsantrag die Einführung einer „konstruktiven Feedbackkultur“ an Schulen zu fordern.

Die kleine Berichtserstattung der hIz zum 1. Mai



Foto: hIz

Hamburg – nicht nur traditionell, auch aktuell